

GROSSBRITANNIEN

Wissen für die Elite



Bald unerschwinglich? Studieren in Oxford.

(Foto: Oxford)

Die britische Labour-Regierung will mehr Studierende im Land, jedoch nicht mehr Geld für Universitäten. Deshalb sollen nun StudentInnen noch mehr als bisher für ihr Studium zahlen.

"Heuchlerin!" Die Schlagzeile schreit es in riesigen roten Lettern heraus, die Leser schlucken vor Empörung. Beschimpft wird hier Diane Abbott, Abgeordnete der Labour Party, die, wie investigative Ermittlungen der Zeitung ergeben haben, ihren Sohn auf eine Privatschule für jährlich 10.000 Pfund (etwa 14.500 Euro) schickt, anstatt ihn dem öffentlichen Bildungssystem anzuvertrauen. Ein Labour-Kind auf einer privaten Schule? Ein Skandal, schließlich haben Sozialdemokraten die öffentlichen Dienste zu verteidigen.

Die britische Gesellschaft ist nach wie vor von rigiden Klassenschranken bestimmt, und diese werden durch ein zweigeteiltes Bildungssystem definiert. Ironie der Geschichte oder eisernes Gesetz der Oligarchie - gerade die Funktionäre, die heute den weiteren Umbau des Bildungssystems nach Marktkriterien vorantreiben, haben ihre Stel-

lung nur durch die Bildungsreform in den siebziger Jahren erreichen können.

Dabei ist Nostalgie für den dahingegangenen britischen Sozialismus ganz unangebracht. Wirklich neu ist an New Labour kaum etwas. Effektive Umverteilung forderte die Partei in der Vergangenheit nur, wenn sie in der Opposition war. Ihr zentrales Ideal war nicht soziale Gleichheit, sondern Chancengleichheit: Die Gelegenheit, auf gleicher Ebene miteinander zu konkurrieren. Diese Chancengleichheit sollte der Staat herstellen, daher die zentrale Bedeutung der Bildungspolitik. Mit seinem Gerede von der "Meritokratie" setzt Tony Blair diese Tradition nur fort.

Meritokratie für alle

Aber der Widerspruch zwischen dem Ausverkauf von öffentlichen Gütern und sozialdemokratischer Traditionspflege wird immer drückender. Vor zwei Wochen de-

monstrierten zwischen 20.000 und 30.000 Studenten in London gegen die geplante Erhöhung der Studiengebühren. Trotz der geringen Beteiligung war dies laut den Organisatoren "die größte Studentendemo seit Jahrzehnten". Das jüngste Projekt der Regierung ist ihr unpopulärstes. Die zulässige Jahresgebühr soll auf 3.000 Pfund (etwa 4.800 Euro) verdreifacht werden, 40 englische Universitäten wollen das neue Limit ausschöpfen. Mehr noch, diese Obergrenze gilt nur bis 2007, dann, so haben Universitäten wie Cambridge, Oxford und zahlreiche Londoner Colleges angekündigt, werden bis 12.000 Pfund fällig. Laut Umfragen lehnt nicht nur eine große Mehrheit der Bevölkerung die Pläne ab. Auch in Blairs eigener Partei befürwortet nur der engste Kreis um die Regierung das Vorhaben.

"Wenn diese Pläne durchkommen, werden in Zukunft

verschiedene Universitäten unterschiedliche Gebühren verlangen", so Dan Ashley, Sprecher der Nationalen Studierendenvertretung. "Die Studierenden werden dann entscheiden, welches Studium sie sich leisten können, nicht welches Studium sie wollen." Ashley sieht gute Chancen, das Gesetz, das im Dezember im Parlament debattiert wird, noch zu verhindern. Denn die Regierungsmehrheit ist bei diesem Vorhaben alles andere als sicher. Zahlreiche Labour-Abgeordnete werden selbst eine abgeschwächte Version nur widerwillig akzeptieren. Die Konservativen haben in ihrer Verzweiflung darüber, sich kaum noch als Opposition präsentieren zu können, eine politische Kehrtwendung vollzogen und sind nun auch dagegen, ebenso die Liberalen.

Das Gesetz sieht vor, dass Kinder aus Familien mit einem Jahreseinkommen unter 10.000 Pfund von den Gebühren befreit werden sollen. Das bedeutet wenig, denn solche Familien sind wirklich arm, die Kinder werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Universität gar nicht erst erreichen. Die bisher übliche Vorauszahlung soll abgeschafft werden; die Rückzahlung wird erst nach dem Studienabschluss fällig, wenn ein Jahreseinkommen von mindestens 15.000 Pfund erreicht wird.

Kampf auf dem Bildungs-Weltmarkt

Das Strategiepapier "Die Zukunft der höheren Bildung" legte im Januar dieses Jahres die weiteren bildungspolitischen Pläne offen, höhere Studiengebühren sind da nur ein Aspekt. Viel sei erreicht worden, doch nun müsse es weitergehen, denn Stillstand bedeutet Rückschritt. Premierminister Blair sprach im vergangenen Jahr von der "Konkurrenz auf einem real existierenden Weltmarkt", auf der sich britische Universitäten behaupten müssten. Im Kampf um die Besten und um Wissen als Ressource und Standortvorteil trete Großbritannien nicht mehr nur gegen amerikanische Eliteunis, sondern zunehmend auch gegen Hochschulen in Indien und China an.

Aus Blairs ideologisch gefärbten Reden geht deutlich hervor: Die höhere Bildung soll künftig als staatlich regu-

lierter Markt gestaltet werden. Die Regierung fordert Diversifizierung von den Universitäten. Diese sollen sich auf die eigenen Stärken konzentrieren und die erfolglosen Fakultäten abschaffen. Kontrollmechanismen seien nötig, um "die Guten" belohnen zu können. Deshalb stellen sich zahlreiche weniger erfolgreiche Institute und Fakultäten vehement gegen die Pläne.

Zur angestrebten Spezialisierung der Universitäten gehört ebenfalls, dass sich auch reine Lehranstalten Universität nennen dürfen. Das bedeutet das Ende der geliebten Einheit von Forschung und Lehre. Die Forschung soll noch mehr an den Interessen der Privatwirtschaft orientiert werden. Unternehmen, die für sie interessante Forschungsprojekte finanziell unterstützen, werden schon heute indirekt staatlich subventioniert: Wer viel Drittmittel sammelt, wird vom Bildungsministerium als gut bewertet und erhält zusätzliche Mittel. Die Regierung argumentiert mit Statistiken, die zeigen, dass Studienabgänger mit Abschluss durchschnittlich mehr verdienen. "Nur gerecht, dass auch zahlt, wer profitiert", so das Argument, dem die studentischen Aktivisten wenig entgegenzusetzen haben. Der verbreitete Hass der englischen Proletarier auf Studenten und die allgegenwärtige kulturelle Kluft zwischen ihnen tun ihr übriges, um Solidarität gar nicht aufkommen zu lassen.

Die Regierung hat tatsächlich die Ausgaben im Bildungsbereich enorm erhöht. Aber gleichzeitig steigt die Zahl der Studierenden, die Ausgaben pro Studienplatz stagnieren jedoch seit sechs Jahren. Offizielles Ziel ist es, dass in den nächsten Jahren die Hälfte aller Jugendlichen eine Hochschule besuchen. Erreicht werden soll das vor allem mit dem Ausbau von Fachhochschulen und "berufsnahen" Studiengängen. Dazu brauchen die Hochschulen mehr Geld. Wer also wird "Bildung, Bildung, Bildung!" finanzieren, wenn nicht die Studenten selbst? Für Dezember mobilisieren sie für die nächste Großdemonstration.

Matthias Becker

Avis

POSTES VACANTS

L'Administration du Contrôle médical de la sécurité sociale se propose d'engager deux fonctionnaires (m/f) dans la carrière du médecin-conseil. Les demandes sont à adresser à: Monsieur le Médecin-Directeur du Contrôle médical de la sécurité sociale B.P. 1342 L-1013 Luxembourg

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS

DIVISION DES TRAVAUX NEUFS

AVIS D'ADJUDICATION

Le jeudi 27 novembre 2003 à 10:00 heures du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant

les travaux de menuiserie intérieure à exécuter dans l'intérêt du Lycée classique de Diekirch - transformation Lycée/Internat.

Envergure de l'objet:

Phase 8a: 20 Türens, 80 Regale, Ausgabebresen, Fussleisten

Phase 8b: 32 Türens, 20 Schränke, Fussleisten

Phase 10: 44 Stühle, 20 Schränke, Fussleisten

Les travaux sont adjudgés en bloc à prix unitaires.

La durée totale des travaux est de

30 jours ouvrables pour la phase 8a à débuter en janvier 2004

20 jours ouvrables pour la phase 8b à débuter en décembre 2004

30 jours ouvrables pour la phase 10 à débuter en 2005

Les amateurs sont tenus d'introduire leur candidature écrite au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à l'Administration des

Bâtiments publics "Soumissions"

Boîte Postale 112 L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555 Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le jeudi 6 novembre 2003.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération. Les pièces conformes aux

prescriptions des articles 51 à 64 du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003 et portant l'inscription: "Soumission pour les travaux de menuiserie intérieure dans l'intérêt du Lycée classique de Diekirch." doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 4 novembre 2003
La Ministre des Travaux publics
Erna Hennicot-Schoepges